



Ein Bündnis für den Aufbruch

Vereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bündnis 90/ Die Grünen und der Freien Demokratischen Partei in der Stadt Mönchengladbach über ein Bündnis in den kommunalen Gremien der X. Wahlperiode 2020 bis 2025

Präambel

Ein Bündnis für den Aufbruch

In einer Zeit, in der Udenkbare Realität wird, in der weltumspannende Umbrüche mit Macht deutlich werden, stehen auch in unserer Stadt Mönchengladbach Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft vor immensen Herausforderungen.

Mönchengladbach ist eine Stadt, die es schon lange nicht leicht hat. Strukturbrüche der Vergangenheit haben sichtbare Zeichen in der Stadt und der Gesellschaft hinterlassen. Sie haben allerdings auch eine Kraft erzeugt, die aus der Mitte der Stadtgesellschaft heraus Veränderungen möglich macht. Diese Kraft, die sich immer wieder Bahn bricht und in Form von sozialem, kulturellem und bürgerschaftlichem Engagement wahrnehmbar ist, ist das größte Potential, das aus den Herausforderungen der Gegenwart Chancen für die Zukunft macht.

Die Digitalisierung, der demografische Wandel und die Energiewende sind Entwicklungen, die das Leben jedes einzelnen Menschen in unserer Stadt und in der Region verändern werden. Es liegt am Mut und der Tatkraft jeder und jedes einzelnen, damit aus diesen Veränderungen ein besseres Morgen für Viele erwächst.

Politik und Verwaltung sind verpflichtet, gemeinsam mit den Menschen die Zukunft zu gestalten. Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Innovationsfreude sind dabei Leitmarken, in denen sich die Prozesse zur Veränderung bewegen müssen. Dauerhafter Fortschritt kann nur entstehen, wenn die Vielfalt der Stadt als Stärke angenommen und gefördert wird.

Vor diesem Hintergrund bilden die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bündnis 90/ Die Grünen und die Freie Demokratische Partei in der Stadt Mönchengladbach ein Bündnis für die kommunalen Gremien der X. Wahlperiode 2020 bis 2025 und laden die Menschen in der Stadt ein, Teil des Aufbruchs zu sein.

Mobilität und Verkehr

Mönchengladbach braucht eine Verkehrswende, um die Klimaziele und eine lebenswertere Stadt zu erreichen. Die Menschen müssen mehr Platz bekommen!

Mönchengladbach braucht keine grundlegend neuen Konzepte. Es muss gehandelt werden. Darum ist der beschlossene Masterplan Nahmobilität die Grundlage zur Erreichung einer fahrrad- und fußgängergerechten Stadt. Die im Masterplan Nahmobilität beschriebenen Vorschläge sind bereits sehr quartiersgenau definiert und müssen beherzt umgesetzt werden. Netzlücken im Radwegenetz sind vorrangig zu schließen. Fahrradstraßen können eine gute Alternative zur Verteilung der verschiedenen Verkehrsarten sein. Die blaue Route soll möglichst beide Hauptbahnhöfe verknüpfen.

Im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen sind diese Themen stärker zu berücksichtigen. Eine neue Mobilitätspolitik muss für die Menschen spürbar werden. Dies bedeutet nicht Bevormundung der Bürger*innen in der Auswahl der Mobilitätswahl, aber an einer Umverteilung des Straßenraums zugunsten der Fußgänger*innen und Radfahrer*innen wird an vielen Stellen in der Stadt kein Weg vorbei gehen.

Es wurden bereits einige Konzepte beauftragt, die bis Mitte 2021 in den Gremien des Rates vorgelegt werden müssen. Hierzu gehören insbesondere das Geschwindigkeitskonzept und das Tempo-30-Zonen-Konzept. Das beschlossene Vorrangstraßennetz und LKW-Routenkonzept sind hierzu die Grundlage.

Geschwindigkeit

Das Geschwindigkeitskonzept soll dem Grundsatz

- Tempo-50 auf Vorrangstraßen
- Tempo-30 in Zonen und in geschlossenen Wohngebieten

Rechnung tragen.

Vorgaben des Lärmaktionsplans bleiben davon unberührt. Ein mehrfacher Wechsel der erlaubten Geschwindigkeit soll dabei möglichst vermieden werden, um die Akzeptanz der Bürger*innen nicht zu verlieren. Das Grüne-Welle-Konzept und die punktuelle Verlängerung der Grün-Phasen von Abbiegeverkehren spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Sichere Angebote für den Fahrradverkehr

An der Bismarckstraße ist in enger Kooperation mit der Bürgerschaft, den Verbänden und der Verwaltung die zügige Umsetzung der Radwege auf dieser vielbefahrenen Straße zu planen, zu diskutieren und zu realisieren. Es müssen immer auch die Auswirkungen für das straßenräumliche Umfeld bedacht werden. Es besteht aber Einigkeit, dass auf der Bismarckstraße für den Radverkehr ein sicheres Angebot geschaffen werden muss.

Auch für die Hohenzollernstraße muss die Verwaltung der Politik und den Bürger*innen schnellstens eine Planung mit verschiedenen Alternativen vorstellen. Zum Erhalt der notwendigen Leistungsfähigkeit im Hinblick auf den Abbiegeverkehr zur Bergstraße und zur Künkelstraße muss die

Hohenzollernstraße zwischen Einmündung Nordring und Bergstraße auch weiterhin zweispurig für den motorisierten Verkehr erhalten bleiben. Hier ist der Radweg über einen Neubau neben der Straße zu führen. In allen weiteren Abschnitten kann eine Fahrspur zu Gunsten eines Radweges entfallen.

Nahverkehr

Der Nahverkehr ist eine wichtige Stütze für die Mobilität der Menschen in der Stadt. Mit dem Sprung auf das nun umgesetzte Szenario 2 wurde trotz der angespannten Finanzlage ein Meilenstein erreicht. Nun gilt es, schrittweise Szenario 3 zu erreichen, denn im Szenario 3 werden viele Verbesserungen durch weitere tangentielle Ringlinien und eine bessere Abstimmung der Taktung von Bus und Bahn erreicht. Neue Ansätze in der Mobilitätspolitik wie On-Demand-Verkehre und die Vernetzung der Verkehrsarten sind selbstverständlich.

ZOB

Die Planungen für einen neuen ZOB werden nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Verbesserungsvorschläge zur Verlagerung von Haltestellen des ZOB unmittelbar vor dem Projekt 19-Häuser sind einzuarbeiten, damit Umstiege näher erfolgen können. Die Bürger*innen sind durch die Stadt zu informieren und zu beteiligen. Dem Rat ist ein entsprechender Beschlussentwurf vorzulegen.

Hindenburgstraße

Wir wollen, dass die Menschen die Hindenburgstraße mit dem Bus sicher und komfortabel in beide Richtungen erreichen können. Deshalb wollen wir kurzfristig prüfen, etwa die Hälfte der Linien auch wieder bergab fahren zu lassen oder mittelfristig einen Pendelverkehr zwischen dem Alten Markt und dem Europaplatz herzustellen. Ziel ist mit dem nächsten Fahrplanwechsel eine Verbesserung der Situation herzustellen.

365-Euro-Ticket

Die Kooperation unterstützt den Förderantrag des VRR zur Einführung eines 365-Euro-Tickets. Ein Alleingang der Stadt erscheint derzeit nicht finanzierbar.

Wohnungsbau & Stadtentwicklung

Gerade mit dem Blick auf den zukünftigen Wohnungsmarkt müssen für Mönchengladbach bereits jetzt die richtigen Ziele für ein ausgewogenes Angebot für alle Zielgruppen gesetzt werden. Alle Akteur*innen des Wohnungsmarktes sind in der Analyse und der Umsetzung einzubeziehen.

Es besteht Einigkeit, dass neben der Erweiterung hochwertiger Angebote mehr bezahlbarer und öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen werden muss.

Folgende Segmente sind für den Wohnungsmarkt wesentlich und sollen auch mit Zielgrößen definiert werden:

Sozialer Wohnungsbau

Bis 2028 wird für Mönchengladbach ein weiterer Rückgang von rund 4.000 Wohnungen prognostiziert. Dieser Entwicklung ist vehement entgegen zu steuern, damit auch in Mönchengladbach auf Grund seiner Sozialstruktur Wohnen bezahlbar bleibt. Als jährliche Zielgröße wird festgelegt, dass der Wegfall der Bindungen von ca. 500 Wohneinheiten durch Neubau, Sanierung im Bestand und durch Verlängerung von Bindung mindestens kompensiert wird.

Wir wollen eine sozial ausgewogene Struktur bei den Wohnungsbauprojekten erreichen.

Preisgedämpfter Wohnungsmarkt

Auch für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen wird die Wohnungssuche immer schwieriger. Mönchengladbach benötigt aber einen guten Mix aller Sozialstrukturen und gerade für Familien müssen mehr Angebote geschaffen werden. Darum sind in Neubauvorhaben neben dem preisgebundenen Wohnungsbau am Einkommen orientierte Angebote zu sichern. Auch sind alle möglichen Instrumente der Förderung im Bestand stärker zu nutzen. Einzelvereinbarungen mit dem zuständigen Ministerium zur Abrufung zusätzlicher freier Mittel sind zu verstärken.

Für diese beiden Wohnungssegmente soll vorrangig die städtische Wohnbau verantwortlich werden, deren Leistungsfähigkeit auszubauen ist. Nur durch die Beibehaltung der Grundstücke und der Wohnungen in öffentlicher Hand ist der soziale Wohnungsmarkt auch für die Zukunft sicherer. Hierzu gehört auch die Sicherung der Wohnungsangebote für besondere Gruppen, die im Wohnungsmarkt besonders auf Unterstützung angewiesen sind.

Eigentum

Eigentumsbildung, insbesondere für junge Familien, muss auch in Mönchengladbach möglich sein. Der Fokus darf nicht allein auf dem Mietwohnungsbau liegen. Wir brauchen auch ein breites Angebot für die Eigentumsnachfrage. Zur Stärkung von Quartieren ist eine gute Mischung verschiedener Wohnungssegmente sehr wichtig. Auch Mönchengladbacher*innen sollen einen Zugriff auf Bauflächen in der eigenen Stadt haben. Hierzu sind die Vergabekriterien durch die EWMG anzupassen. Das Flächenmanagement ist den neuen Wohnungsbauzielen anzupassen. Die EWMG muss ihre Rolle zukünftig den definierten Wohnungsbauzielen anpassen.

Entwicklung durch Sanierung

Entwickeln bedeutet nicht nur makeln. Hier ist, fokussiert auf die Innenstadtbereiche, die Anwendung des klassischen Sanierungsrechts und die entsprechende Einwerbung von Sanierungsgeldern durch einen Entwicklungsträger zu forcieren. Gerade mit dem Ziel der sozialen Stabilisierung kann eine verstärkte Eigentumsförderung auch die Rheydter Innenstadt stärken.

Monitoring Wohnungsbau

Mit der Neuordnung der Wohnungsbauförderung in der Verwaltung wurde bereits ein wichtiger Grundstein gelegt. In Zukunft soll das Thema Wohnungsbau über ein regelmäßiges Berichtswesen aus einer Hand im Planungs- und Bauausschuss erfolgen. Insbesondere die Wohnbau MG und die EWMG sollen die notwendigen

Daten der eigenen Aktivitäten im Kontext der Wohnungsbauziele dem zuständigen Fachbereich der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Öffentliche Eigentümer in der Pflicht

Neben den kommunalen Flächen gibt es Liegenschaften des Bundes und des Landes, die an vielen Stellen einer sinnvollen Entwicklung entzogen werden. Hier müssen Bund und Land stärker zur Verantwortung gezogen werden.

Negative Entwicklungen im Blick

Auch wenn in Mönchengladbach derzeit nur in Einzelfällen Handlungsbedarf besteht, ist die Zweckentfremdung von Wohnraum besser zu überwachen und mit den rechtlich bestehenden Möglichkeiten zu stoppen.

Die Wohnungsaufsicht zur Bekämpfung von Missständen in Wohnungen ist zu stärken und Mieterbeschwerden zu bearbeiten.

Das rechtliche Instrument „Urbane Gebiete“ nach dem Baugesetzbuch trägt der veränderten Einzelhandelsentwicklung Rechnung und erleichtert die Umnutzung von Gewerbe zu Wohnraum. Baulückenschließung und Aufstockungen können gerade für das Stadtbild eine gute Lösung sein.

Stadtentwicklung

Mit den Förderprojekten der sozialen Stadt wurden in Rheydt und Mönchengladbach viele gute Entwicklungen gestartet und umgesetzt. Falls möglich sind diese aktuellen Veränderungen anzupassen oder auch mit einer weiteren Bürger*innenbeteiligung nochmals zu reflektieren.

Rahmenplan Abteiberg

Am Beispiel Abteiberg ist eine Nachbetrachtung angezeigt. Eine Überarbeitung des Rahmenplans in einem Werkstattverfahren mit breiter Beteiligung aller Akteur*innen soll neue Impulse setzen und ein Umdenken befördern. Daher ist es richtig, die Freifläche des alten Haus Zoar auch als solche zu betrachten und mögliche andere Nutzungsoptionen nicht von vornherein zu verwerfen. Die grundsätzlichen Fördermaßnahmen im Rahmen des IHEK dürfen dadurch nicht gefährdet werden. Im Rahmen dieses Werkstattverfahrens sollte auch geklärt werden, wie und vor allem an welchem Standort eine multifunktional nutzbare Halle geschaffen werden kann. Daneben soll geklärt werden, welche Perspektiven es für die Museumserweiterungsfläche gibt, wie die Parkhaussituation verbessert werden kann und wie die Verzahnung dieses Bereichs mit dem Alten Markt und der Hindenburgstraße erfolgen kann.

Angesichts der eingeschränkten finanziellen Ressourcen sind wir auf Förderprogramme angewiesen und wollen diese für die gesamte Stadt konsequent nutzen.

Bürger*innenbeteiligung bei der Stadtplanung

Hierzu gibt es in Mönchengladbach gute und schlechte Beispiele. Gerade die Moderation durch beauftragte externe Büros wirkten auf Bürger*innen oftmals technokratisch, vorgeprägt und weniger verständlich. Die planerische Offenheit muss

gegeben sein. Bürger*innenbeteiligung soll zukünftig früh mit der eigentlichen Idee beginnen. Nur dann haben Bürger*innen eine gute Gelegenheit mitzugestalten. Erst anschließend sind dann die gesetzlich formalen Verfahren zu starten. Generell sollen die Bürgerbeteiligung und der Dialog mit den betroffenen Anlieger*innen (z.B. Einzelhandel) gestärkt werden. Die Beteiligung geht über die gesetzlichen Vorgaben hinaus und wird durch die Politik initiiert, wobei die Verwaltung einbezogen wird. Die Rolle der Anhörungskommission des Ausschusses für Bauen und Planen ist zu überdenken.

Schule & Bildung

Wir wollen ein Bündnis für Bildung sein und unsere Schulen zu Orten machen, an denen Kinder beste Lern- und Lebensbedingungen vorfinden. In Mönchengladbach wächst jedes dritte Kind in Armut auf. Unser Ziel ist, die Sozialstruktur insgesamt und die Bildungschancen im Besonderen von Kindern in Mönchengladbach nachhaltig zu verbessern. Die Sanierung des Schulraums ist dafür unverzichtbar. Wir denken aber nicht nur in Steinen und Beton. Wir wollen die Schulträgerschaft gestalten und nicht ausschließlich das Gebäudemanagement der Schulen sein. Mit dem 1. Jugend- und Bildungsbericht liegt bereits ein Planwerk vor, aus dem nun ein konkreter Maßnahmenkatalog resultieren muss.

Vernetzung von Schulen

Die Stadt als Schulträger muss Koordinator eines stadtweiten Netzwerks der Schulen sein. Wir wollen damit allen Schulen ein Angebot machen, auch denen in nicht-städtischer Trägerschaft. Alle Schulen sollen gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren. Die Vernetzung soll schulformübergreifend sein und sich auf Digitalisierung und individuelle Förderung der Kinder fokussieren. Das Ziel ist eine Kultur der Kooperation, die gute Lösungen für alle zugänglich macht und vermeidet, dass der gleiche Fehler zweimal gemacht wird.

Schulabbrecher*innen und Schulschwänzer*innen

Wir setzen uns zum Ziel die Zahl der Schulabbrecher*innen und Schulschwänzer*innen zu senken. Kein Kind soll die Schule ohne Abschluss verlassen. Dafür brauchen wir zusätzliche präventive Strategien und geeignete Angebote der Wiedereingliederung.

Schulinfrastruktur

Wir werden alles daransetzen, die Mönchengladbacher Schulen so schnell und umfänglich wie möglich baulich zu modernisieren und dauerhaft instand zu halten. Im ersten Schritt soll Transparenz zum Zustand der Schulen im Schulentwicklungsplan hergestellt werden. Das gilt auch hinsichtlich der Inklusionsfähigkeit, damit Eltern geeignete Schulen besser finden können. Die Inklusionsfähigkeit der Schulen wollen wir bedarfsgerecht verbessern. Die Schulentwicklungsplanung muss den Bedarf an Ersatz- und Neubauten darstellen und entsprechende Flächen in der Stadtentwicklung ausweisen.

Gesamtschule

Wir respektieren den Elternwillen. Keinem Kind darf seine Wunsch-Schulform verwehrt werden. Wir wollen einen stufenweisen Ausbau der Gesamtschulplätze, um den Bedarf, auch im Hinblick auf steigende Schüler*innenzahlen, langfristig zu decken. Um der Nachfrage Rechnung zu tragen, werden wir die Errichtung einer 7. Gesamtschule beschließen. Die Entscheidung über diesen neuen Gesamtschulstandort muss vor dem nächsten Anmeldeverfahren im Schulausschuss getroffen sein.

Die Umsetzung der in der letzten Wahlperiode beschlossenen Erweiterung der Gesamtschulplätze an vorhandenen Standorten wollen wir schnell vorantreiben. Zunächst aber werden wir wirtschaftlichere Alternativen für die Standortfrage prüfen und die noch fehlende Finanzierung klären.

Digitalisierung

Unsere Schulen brauchen ein Update. Unabhängig vom Medienentwicklungsplan wollen wir alle Schulen mit WLAN versorgen, damit mobile Endgeräte nicht erst in einigen Jahren eingesetzt werden können, wenn alle Schulen neu verkabelt sind. Wir wollen ein Konzept für den IT-Support an Mönchengladbacher Schulen und schlagen dazu sogenannte "Digitalhausmeister*innen" vor. Die Verwaltung soll dazu ein Konzept erarbeiten, dass auch ermöglicht, die entsprechenden Fördermittel des Landes dazu abzurufen.

Das Netzwerk der Schulen soll eine lokale Fortbildungsmaßnahme für Lehrer*innen entwickeln, um neben der Technik auch die Kompetenz der Lehrkräfte in Bezug auf den digitalen Unterricht zu stärken.

Offene Ganztagsgrundschulen

Wir wollen an unseren Grundschulen eine gute Betreuung für alle Kinder, die auch ein Mittagessen sowie ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Förder- und Bewegungsangeboten, musischen Angeboten und Erholungsphasen umfasst. Den Rahmen dazu bietet das System der Offenen Ganztagsgrundschule (Ogata).

Wir müssen schnellstmöglich an jeder Grundschule eine Ogata-Betreuung anbieten und wollen das Ogata-Angebot kontinuierlich verbessern und weiter ausbauen. Wir wollen hin zu einem attraktiven, qualitativ hochwertigen und umfassenden Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot, das sich an den Bedarfen der Kinder und deren Eltern orientiert. Ziel ist es, die Ogata nicht nur als wichtiges Instrument zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nutzen, sondern auch als Bildungschance für Kinder, deren Start- bzw. Lebensbedingungen von Benachteiligungen geprägt sind. Dies können wir nur realisieren, wenn wir deutlich mehr Plätze schaffen.

Familienzentren

Die Entwicklung von Grundschulen zu Familienzentren sehen wir positiv und wollen wir weiter vorantreiben.

Kindertagesstätten

Der Ausbau der Kindertagesstätten wird zügig vorangetrieben, damit der Wunsch aller Eltern auf einen Kita-Platz erfüllt werden kann. Wir streben außerdem eine weitere Flexibilisierung von Öffnungszeiten der Kitas an, damit der Lebenswirklichkeit der Eltern noch besser entsprochen werden kann.

Dem Fachkräftemangel können wir begegnen, wenn KiTas attraktive Arbeitsplätze werden, an denen Erzieher*innen auch Möglichkeiten zur Fortbildung angeboten werden.

Temporäre Überbelegungen von Kita-Gruppen müssen mit dem Kita-Ausbau heruntergefahren werden. Die Verwaltung verstärkt die Bemühungen, Fachpersonal für die Kinder zu finden und zu sichern.

Soziales

Familienbericht

Als Grundlage für familienfreundliche Entscheidungen wollen wir eine Aktualisierung des mittlerweile veralteten Familienberichts.

Familien-App

Wir wollen die Angebote der kommunalen Präventionskette, die rabattierten Freizeitangebote der Familienkarte, sowie städtische und gemeinnützige Freizeitangebote in einer „Familien-App“ bündeln, die es den Familien erleichtert, Angebote zu erkennen und wahrzunehmen. Auf Möglichkeiten zum Abruf von Bildungs- und Teilhabe-Mitteln soll bei entsprechenden Angeboten hingewiesen werden.

Bildung und Teilhabe

Wir sehen mit Sorge, dass die Mittel für Bildung und Teilhabe von den Familien nur zu einem geringen Teil abgerufen werden. Wir wollen, dass die Verwaltung die Initiative ergreift, gemeinsam mit Schulen, Vereinen und Trägern Wege zu suchen, die Mittel künftig vollständig auszuschöpfen.

Hilfen zur Erziehung

Die ambulanten Erziehungshilfen sind zentraler Bestandteil des Unterstützungssystems von Familien in Mönchengladbach. Eltern und Kinder brauchen diese Unterstützung, um die zahlreichen Herausforderungen des Alltags zu meistern, damit ein Zusammenleben von Familien im gemeinsamen zu Hause erhalten werden kann. Durch die positive Wirkung der frühen präventiven Hilfen ergeben sich finanzielle Spielräume, die wir weiter für diesen Bereich nutzen wollen.

Damit dies auch weiterhin gelingen kann, werden die präventiven Ansätze in der Stadt weiterverfolgt und gestärkt. Die fachlich-inhaltliche Aufstellung der Fachkräfte wird durch bedarfsorientierte Fortbildung verbessert.

Wir setzen uns in diesem Zusammenhang zugleich für einen Ausbau des ganzheitlichen Ansatzes zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien ein.

Spielplätze

Wir wollen keine weitere Standortdebatte und keine weitere Reduzierung der Spielplätze, sondern die mit den Bezirken in der vergangenen Wahlperiode gemeinsam beschlossenen Standorte zügig ertüchtigen, weiterentwickeln und ausbauen.

Freiräume für Jugendliche

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume mit kostenlosen Angeboten in der Nachbarschaft. Wir wollen Freiräume für Jugendliche und Kinder schaffen, die nach eigenen Bedürfnissen außerhalb der Schule selbst gestaltet werden können. Die Richtung der Ausgestaltung bestimmen die Jugendlichen im Rahmen der Jugendpartizipation selbst. Die Begleitung der Kinder und Jugendlichen kann ehren- oder hauptamtlichen erfolgen, sollte aber in jedem Fall professionell und zurückhaltend angelegt sein. Neben Außenflächen sehen wir hier auch die Möglichkeit der Zwischennutzung von Leerstand. Bei nachhaltigem Erfolg wollen wir den entstandenen Projekten ein langfristiges Zuhause geben.

Politische Jugendarbeit

Wir wollen prüfen, ob Fördermittel des Bundes für politische Kinder- und Jugendbildung auf für Mönchengladbach zur Verfügung gestellt werden können.

Queere Menschen

Wir unterstützen ausdrücklich die Etablierung eines queeren Zentrums in Mönchengladbach für alle Generationen. Besonders wichtig ist uns aber der Aufbau der queeren Jugendarbeit mit dem Ziel der Schaffung eines queeren Jugendzentrums.

Wohlfahrtspflege

Wir wollen die sozialen Handlungsfelder der Freien Träger der Wohlfahrtspflege langfristig sichern. Dazu versehen wir die vorhandenen Leistungsverträge, sofern noch nicht geschehen, mit Tarifsteigerungsklauseln, nicht unter drei Jahren Laufzeit, abgesehen von begründeten Ausnahmefällen.

Inklusion

Wir nehmen Inklusion als Menschenrecht ernst. Nur eine inklusive Stadtgesellschaft bietet allen Menschen gleiche Rechte und Chancen. Dafür brauchen wir ein Konzept zur inklusionsgerechten baulichen Ertüchtigung der städtischen Räume und Liegenschaften, insbesondere von Kultur- und Bildungseinrichtungen. Wir wollen eine schnelle Herstellung von Barrierefreiheit an städtischen Standorten, die erhalten bleiben. In dem Konzept soll ebenfalls der Stand der Fortentwicklung des barrierefreien öffentlichen Personenverkehrs von der Bau- und Planungsverwaltung dargestellt werden. Das Konzept soll jährlich fortgeschrieben werden und muss Priorisierungen vornehmen.

Gesundheit

Wir wollen die Gesundheit der Mönchengladbacher*innen verbessern. Wir setzen uns für eine bessere Vernetzung der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen ein mit dem Ziel, eine vielfältige und qualitativ hochwertige Gesundheitsvorsorge der Bürger*innen weiterhin sicherzustellen. Hierzu müssen wir präventive Maßnahmen ergreifen, um die Gesundheitsfürsorge in Mönchengladbach erweitern. Gute Projekte wie „Gesund im Quartier“ wollen wir ausbauen und weitere Beratungsangebote für Eltern und die Quartiere schaffen.

Wir brauchen eine Verbesserung der Hebammenversorgung in Mönchengladbach. Um schwangeren Frauen die beste Vermittlung und Beratung zu bieten, setzen wir uns für die Errichtung einer Hebammenzentrale ein. Auch die Möglichkeit eines Geburtshauses, mit der Möglichkeit für außerklinische Geburten, soll für Mönchengladbach geschaffen werden.

Stadtteil- und Quartiersentwicklung

Die Stadtteil- und Quartiersarbeit wollen wir stabilisieren und weiterentwickeln. Wir wollen die Stadtteile als Begegnungsorte stärken und dafür Räume und Angebote für den generationsübergreifenden Austausch schaffen.

Gleichstellung

Wir treten für eine deutliche stärkere Repräsentation von Frauen in Führungspositionen und in den Leitungsebenen der Stadtverwaltung ein. Damit die Führungs- und Leitungsebenen der Verwaltung nicht weiterhin fast ausschließlich von Männern besetzt werden, streben wir hier eine Parität an. In der Stadtverwaltung muss eine Kultur herrschen, Gleichstellung herzustellen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass in den städtischen Publikationen, Beratungsvorlagen und Satzungen des Ortsrechts eine geschlechtergerechte Sprache genutzt wird.

Kultur

In Mönchengladbach gehen moderne Kultur und Tradition Hand in Hand. Es gibt ein breites und vielfältiges Angebot. Wir wollen die Entwicklung der lokalen Kulturszene weiter vorantreiben und ihre Angebote für alle Menschen zugänglich machen. Die Corona-Krise hat die Kultur- und Veranstaltungsbranche schwer getroffen. Gemeinsam werden wir jede Anstrengung unternehmen, um unsere lebendige Kulturszene zu erhalten. Wir müssen das Theater und die freie Kulturszene mit Hilfe von Bund und Land bestmöglich in dieser Existenzkrise unterstützen.

Förderung der freien Kulturszene

Die Förderung der freien Kulturszene wollen wir mindestens in gleicher Höhe beibehalten und Lücken in den Förderrichtlinien schließen. Wir wollen einen Weg finden, um Orte zu erhalten, die kreativen Raum für Bürger*innen bieten.

Stadtbibliothek

Wir begrüßen das Vorhaben, dass die Bibliothek im leerstehenden Karstadtgebäude ein Interims-Zuhause findet und langfristig in die Planungen eines Rathausneubaus einbezogen wird. Damit die Stadtbibliotheken ihre wichtige Öffnung zum Quartier vollziehen können, brauchen wir eine deutliche Erhöhung des Veranstaltungsbudgets. Wir wollen die Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek Rheydt sicherstellen und auch am Standort Mönchengladbach realisieren.

Haus Erholung

Wir sehen das Haus Erholung als Teil des Kulturhügels Abteiberg. Das Haus soll verstärkt den Bürger*innen der Stadt zur Verfügung stehen.

Straßenumbenennungen

Wir setzen uns für die Umbenennung historisch belasteter Straßen ein. Dazu werden wir noch im ersten Quartal 2021 eine Expert*innen-Kommission einsetzen, die einen Straßennamen-Atlas MG erstellt, wissenschaftlich einordnet und Alternativen vorschlägt. In einem Abschlussbericht gibt die Kommission eine Empfehlung für Umbenennungen an den Rat ab. In diesem Prozess wollen wir auch die Argumente der Anwohner*innen anhören und mit Informationsveranstaltungen über die Hintergründe aufklären. Ebenfalls werden wir den betroffenen Anwohner*innen und Geschäftsleuten praktische Hilfestellung bei allen mit der Umbenennung entstehenden Formalitäten geben.

Kultur vor der Haustür

Wir wollen bürgerschaftliches Engagement weiter stärken. Durch dezentrale Begegnungsstätten und Räume für die Allgemeinheit wollen wir Kulturangebote in die Stadtteile zurückholen und Begegnungsräume für jedes Alter schaffen, um der Verödung der Außenbezirke entgegenzutreten. Bereits bestehende nicht-kommerzielle Veranstaltungs- und Probenräume sollen gesichert werden und möglichst neue geschaffen werden. Dazu wollen wir gezielt die nachhaltige und kreative Umgestaltung von Leerstand in der Innenstadt und in den Außenbezirken fördern.

Kultur für alle

Mit dem Museum Abteiberg haben wir ein international bekanntes Museum, auch das 4-Sparten-Theater hat ein vielfältiges Angebot, von dem alle profitieren sollen. Wir wollen niederschwellige Kulturangebote weiter ausbauen und weitere Sponsor*innen für kostenlose Eintritte werben. Dabei unterstützen wir ausdrücklich die Initiative der „Kulturlöwen“. Wir setzen uns für die Verzahnung von Kulturschaffenden, Schulen und Ogata ein, um neue kulturelle Angebote für Kinder in zu schaffen und so kulturelle Bildung sicherzustellen.

Kulturkarte

In Anlehnung an die erfolgreich eingeführte Familienkarte möchten wir eine Kulturkarte entwickeln, mit der kulturelle Angebote sowohl in Mönchengladbach aber auch in der Region gebündelt werden und genutzt werden.

Stadtmarketing

Wir setzen uns für eine stärkere Sichtbarkeit der freien Kultur in Mönchengladbach ein. Das Stadtmarketing der Stadt soll dahingehend erweitert werden und Kulturschaffenden städtische Werbeflächen zur Verfügung stellen.

Wir sprechen uns für eine Überprüfung des Gesellschaftsvertrages der MGG in den Bereichen Marketing, Tourismus, Konzertwesen aus, mit dem Ziel der Reorganisation und der Optimierung von Ressourcen.

Erinnerungsarbeit

Stadtarchiv und Stadtbibliothek verfügen über einen historisch wertvollen Bestand von Dokumenten und Sammlungen. Damit dieser für die Nachwelt erhalten bleibt, setzen wir uns für eine beschleunigte Umsetzung der Digitalisierung im Bereich der Bestandssicherung historisch wertvoller Dokumente und Unikate ein.

Wir setzen uns für die Pflege und Verstärkung einer kommunalen Erinnerungskultur ein.

Internationales

Wir wollen die Arbeit des Kulturausschusses um das Themenfeld „Internationales“ erweitern. In diesem Zusammenhang sollen „alte“ Städtepartnerschaften belebt und neue Freundschaften geschlossen werden. Außerdem wollen wir den überregionalen Austausch (Euregio-Kultur) stärken. Wir werben für Städtepartnerschaften mit Mönchengladbach, diese sollen kontinuierliche Begegnungsmöglichkeiten und Dialog-Angebote für die Bürger*innen bieten.

Hier wollen wir auch die Möglichkeit schaffen, dass sich Verwaltungen über Grenzen hinweg austauschen und von guten Erfahrungen profitieren können.

Teilhabe

Wir werden sowohl für Jugendliche als auch für ältere Mönchengladbacher*innen gezielte Interessenvertretungen in Form eines Seniorenrates und einer Jugendvertretung einrichten. Jung und Alt müssen an den Tisch, wenn Entscheidungen getroffen werden. Grundsätzlich wollen wir den Zugang zu politischer Partizipation besser ermöglichen.

Wenn Bürger*innen über Petitionen oder Bürgeranträge Anliegen an die Politik haben, sollen sie im Ausschuss für Ideen, Anregungen und Beschwerden Rederecht erhalten. Dies soll in die Geschäftsordnung des Rates aufgenommen werden.

Aktive Bürger*innenbeteiligung ist für uns ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit. Dabei sollen Bürger*innen nicht nur informiert werden, sondern aktiv mitwirken können. Dafür wollen wir entsprechende Instrumente finden: Wir werden die Ausgestaltungs- und Fördermöglichkeiten von Bürgerräten durch die Verwaltung prüfen lassen.

Die Verwaltung soll ein Gesamtkonzept erarbeiten mit dem Ziel, eine aktive Bürgerbeteiligung und Jugendpartizipation zu schaffen.

Steigerung der Wahlbeteiligung

Wir setzen uns zum Ziel, die geringe Wahlbeteiligung zu steigern. Dafür wollen wir in Zukunft besser überparteilich auf Wahlen aufmerksam machen und Maßnahmen entwickeln, wie zum Beispiel die Möglichkeit eines freiwilligen kommunalpolitischen Praktikums. Politik muss für alle verständlich sein. Die Verwaltung muss deshalb ein Konzept entwickeln, wie die Partizipation in der Stadt erleichtert werden kann.

Integrationsplanung

Die Homepage der Stadt soll übersichtlicher und leichter zugänglich werden. Wir wollen, dass alle Inhalte barrierefrei und in den gängigsten Sprachen, sowie in einfacher Sprache zur Verfügung stehen.

Freizeit & Sport

Für uns ist das konstruktive Zusammenwirken zwischen Sportpolitik, Sportverwaltung, dem Stadtsportbund, den Sportvereinen und anderen am

Sportleben beteiligten Gruppen der Garant für eine erfolgreiche Weiterentwicklung und Sicherung des Sportangebotes.

Sanierung von Sportstätten und Außenanlagen

Bei der Sanierung von Sportstätten und Außenanlagen sind in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht worden. Die Sanierung von maroden Hallen ist gestartet und muss weiter fortgeführt werden. Hier müssen Fördermittel, die von Land und Bund zur Verfügung stehen, besser ausgenutzt werden. Bei allen Sanierungsarbeiten an Sportstätten sind künftig konsequent ökologische und energetische Belange verstärkt in den Blick zu nehmen. Bereits auf den Weg gebrachte Projekte, wie z.B. die Sportanlage Morr, werden weiterhin unterstützt. Unser Ziel sind moderne und funktionsfähige Sportstätten in der ganzen Stadt.

Sport im urbanen Raum

Der Sport wird gesundheitsorientierter, vereinsungebundener, weiblicher und älter. Diesen Fakten muss sich die Sportpolitik in den nächsten Jahren stellen.

Über die klassischen Sportangebote hinaus wollen wir die Planungen an ein geändertes Sport- und Freizeitverhalten anpassen. So brauchen wir zukünftig auch ein breitgefächertes Breiten- und Trendsportangebot. Dabei sind die Schaffung von Bewegungsparcours für ältere Sportler*innen, Schaffung von Vorrichtungen für Slacklines, Einrichtung von BMX-Parcours, Klettermöglichkeiten, Kleinspielfeldern, Beachsoccer- und Beachvolleyballfeldern, markierte und beleuchtete Lauf- und Walkingstrecken nur einige Beispiele.

Um den Bestand zu analysieren und den Bedarf zu erheben, brauchen wir einen Aktionsplan „Sportentwicklung im urbanen Raum“. Dieser dient als verbindliche und priorisierte Roadmap zur Schaffung von kostenlosen Sportgelegenheiten im urbanen Raum.

Gesundheitsprävention

Um die Gesundheit und motorischen Fähigkeiten unserer Kinder besser zu fördern, brauchen wir im Bereich der Gesundheitsprävention eine bessere Vernetzung von Stadtsporthund, Schulen und Vereinen. Wir sehen mit Sorge, dass immer weniger Kinder schwimmen können. Diese Entwicklung wollen wir umkehren. Dafür müssen wir die Schwimmzeiten für Schulen und Vereine überprüfen und ausdehnen. Unser Ziel muss sein, dass alle Kinder schwimmen lernen können.

RheinRuhr Olympiade 2032

Wir begrüßen die Bewerbung der Stadt als Hockeystandort für die RheinRuhr Olympiade 2032. Dabei ist Transparenz ein wichtiges Anliegen. Deshalb sollen die Bürger*innen in einer Befragung ihr Votum dazu abgeben. Der Prozess wird von Informationsveranstaltungen begleitet.

Hallenbenutzung

Um die knappen Hallenbenutzungszeiten bestmöglich ausnutzen zu können, wollen wir ein digitales Hallenbenutzungsmanagement schaffen und den Sportstättenatlas für alle Sportstätten der Stadt auf den neuesten Stand bringen.

Sport in Kinder- und Jugendpolitik

Eine engere Verzahnung der Sport- und Jugendpolitik zur Schaffung von Sportangeboten für Kinder und Jugendliche ist unabdingbar.

Hierzu werden Fördermittel aus den Programmen „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020 und 2021“ und „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ beantragt. Wir wollen das Sportangebot in der Kita, Schule und im offenen Ganzttag weiter ausbauen. Dabei soll auch die Information über Fördermöglichkeiten im Bereich Bildung und Teilhabe verbessert werden.

Sport und Schule

Eine Verzahnung der Sportangebote und der von den Schulen genutzten Sportstätten ist dringend notwendig. Ein mit dem Schulbereich abgestimmter Schulsportentwicklungsplan wird entwickelt.

Sportvereine

Sportvereine erfüllen insbesondere im unmittelbaren Wohnumfeld und in den Quartieren verstärkt auch soziale Aufgaben als Kontakt- und Anlaufstelle, Treffpunkt und als Angebot der Freizeitgestaltung. Um die Zukunft der Vereine in Mönchengladbach zu sichern, müssen wir ehrenamtliche Strukturen in den Vereinen und die Vernetzung untereinander stärken. Wir wollen verhindern, dass Vereine aufgrund von Nachwuchsproblemen schließen müssen. Der Stadtsportbund ist ein wichtiges Bindeglied zu den Vereinen und ein wichtiger Ratgeber. Wir wollen auch die Beratungsangebote für Vereinsneugründungen stärken.

Stärkung der Innenstädte & Stadtteilzentren

Wir wollen künftig eine zentrale Zuständigkeit in der Verwaltung für die Innenstädte. Für beide Innenstädte muss eine Definition der Zielvorstellung erfolgen, die deren unterschiedliche Situation und Funktion berücksichtigt.

Die bisherigen Maßnahmen werden auf ihre Wirksamkeit für eine langfristige Belebung der Innenstädte hin überprüft. Ziel ist es, die Besonderheiten der beiden Zentren zu erhalten und individuelle Lösungen, mit Einbindung der Hochschule Niederrhein, zu entwickeln und umzusetzen.

Dabei verfolgen wir die nachstehenden Ziele:

Belebung der innerstädtischen Plätze

Die Plätze in der Stadt müssen für die Belebung durch Veranstaltungen in angemessenem Umfang nutzbar sein. Gestaltungsvorgaben (Satzungen) und Nutzungseinschränkungen für den Außenbereich bedürfen einer kritischen Überprüfung.

Nutzungsänderung

Die Vorgaben für die Schaffung von Stellplätzen und deren Ablösung bei Nutzungsänderungen sollen auf ihre Auswirkungen hin untersucht werden (Mobilitätssatzung).

Steigerung der Aufenthaltsqualität

Die Aufenthaltsqualität soll verbessert werden. Hierzu kann die Umwandlung von Handelsflächen in Cafés oder ähnlicher gastronomischer Angebote beitragen. Die dazu erforderliche Ausweitung der Außenflächen muss geprüft werden.

Einbeziehung städtischer Gesellschaften

Die städtischen Gesellschaften sollen in die Entwicklung besser einbezogen werden (z.B. MGMG bei Veranstaltungen und EWMG bei der Entwicklung von Grundstücken).

Entwicklung der Rheydter Innenstadt

Für den Rheydter Innenstadtbereich sehen wir einen besonderen Handlungsbedarf. Dazu gehören:

- Überprüfung der Verkehrsanbindung und der Parkraumsituation unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Einzelhandel und Anlieferverkehr. Dabei muss eine mögliche Übergangssituation bei anstehenden baulichen Veränderungen einbezogen werden.
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Besucher*innen durch verkehrstechnische Maßnahmen insbesondere für Fußgänger*innen, den Radverkehr und mobilitätseingeschränkte Menschen.
- Beseitigung von Angsträumen und Verbesserung des Sicherheitsgefühls
- Umnutzung von leerstehenden Räumen in einen neuen Treffpunkt für Jugendliche, den sie selbst gestalten können. Eine Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring wird geprüft.
- Ein Konzept zur Belebung der Rheydter Innenstadt mit den Schwerpunkten Kunst, Musik und Kultur wird mit dem Citymanagement erarbeitet.
- Die Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien in Wohnraum soll aktiv gefördert werden. Hier sind die kommunalen Wohnungsbauunternehmen in einer besonderen Verpflichtung. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten der Stadt geprüft werden, ob sie bei langem Leerstand einzelner Objekte tätig werden kann, um eine Verbesserung zu erzielen.
- Die Gestaltungssatzung wird mit dem Ziel, Handel und Gastronomie größere Gestaltungsspielräume zu ermöglichen, kurzfristig überarbeitet.
- Mit Hilfe der Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung soll der öffentliche Raum gestaltet und bewirtschaftet werden. Kurzfristig wird im Bereich des Rheydter Marktes eine behindertengerechte öffentliche Toilettenanlage geschaffen.
- Die Aufgaben des Quartiersmanagers müssen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um dessen Funktion zu stärken.
- Der Hauptbahnhof Rheydt muss baldmöglichst als funktionsfähiger Haltepunkt verbessert werden.

Rathaus der Zukunft

Wir wollen das Rathaus der Zukunft am Standort Rheydt. Die bisherigen Planungen müssen an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Dabei müssen der Auszug von Karstadt und Erkenntnisse der Corona-Krise (verstärktes mobiles Arbeiten) berücksichtigt werden. Das Gesundheitsamt sollte nicht im neuen Rathaus untergebracht werden, sondern weiterhin über einen eigenen Standort verfügen. Die beabsichtigte Unterbringung der städtischen Gesellschaften im Rathaus ist zu überprüfen.

Die bisherige Wegführung soll unabhängig von den Öffnungszeiten des Rathauses möglich bleiben. Das Rathaus soll kein reiner Verwaltungsstandort, sondern auch außerhalb der Öffnungszeiten der Verwaltung ein Ort der Begegnung sein. Die noch vorzulegende qualifizierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist Grundlage für die Entscheidung.

Entwicklung der Mönchengladbacher Innenstadt

- Der Abteiberg ist das geistige und kulturelle Zentrum der Stadt. Diese gesamtstädtische Bedeutung muss gestärkt werden. Deshalb ist ein Werkstattverfahren zu installieren, indem unter anderem die Anbindung der künftigen Markthalle, des Museums und des Maria-Hilf-Geländes für die unterschiedlichen Nutzungen sinnvoll miteinander in Einklang gebracht und Zukunftsperspektiven entwickelt werden sollen.
- Angesichts der Länge der Hindenburgstraße muss der zentrale Einkaufsbereich genauer definiert werden.
- Wir streben ein Pilotprojekt zur Virtualisierung der Mönchengladbacher Innenstadt an mit der Möglichkeit von Anbindungen der lokalen Händler und Dienstleister mittels Schnittstellen, das insbesondere dem Handel neue Möglichkeiten bietet. Der Handel soll wie im realen Leben virtuell besucht werden können. Das konkrete digitale und/oder crossmediale Angebot hinter der „Ladentüre“ ist jedem selbst zu überlassen.

Entwicklung der Stadtteilzentren

Die Identifikation mit den Stadtteilen ist eine Stärke unserer Stadt. Die Zugehörigkeit zu einem gewachsenen Stadtteil oder einem Wohnquartier ist ein wichtiger Bezugspunkt für die Menschen in Mönchengladbach.

Die Stadtteilzentren sind notwendig für die örtliche Kultur, das Zusammenleben der Menschen und die Nahversorgung.

Rat und Bezirksvertretungen haben die Aufgabe diese Zentren zu stärken und zu entwickeln.

- In allen Wohnbereichen müssen Orte der Begegnung geschaffen werden.
- Die erfolgreiche Quartiersarbeit soll fortgeführt und intensiviert werden.
- Auch bei bezirklichen Angelegenheiten sollen die Bürger*innen einbezogen werden. Denkbare Mittel sind Einwohnerversammlungen vor Bezirksvertretungssitzungen und wechselnde Tagungsorte der Bezirksvertretungen.
- Die Zielgenauigkeit der Mittel für die „Wohnumfeldverbesserung“ wird überprüft.
- Niemand in der Stadt darf sich ohne Anbindung an einen Stadtteil oder ein Quartier fühlen. Deshalb wollen wir nicht deutlich angebundene Wohnlagen zu eigenständigen Quartieren entwickeln oder deren Anbindung an bestehende Stadtteile fördern.
- Die Möglichkeit der Stadtbezirke, über Haushaltsmittel verfügen zu können, soll geprüft werden.

Wirtschaft & Unternehmen

Ökonomisches Wirtschaften und Umweltschutz sind für Handwerk und Industrie kein Widerspruch. Die „Green Economy“ bietet viele Geschäftschancen. Wir sehen uns als Partner der Wirtschaft und stellen die Rahmenbedingungen für Unternehmen bei der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit sowohl im eigenen Betrieb als auch bei der Entwicklung zu profitablen nachhaltigen Geschäftsmodellen.

NEW Wachstumsstrategie

Wir wollen das Wachstum der NEW und die innovativen Ansätze zum Wohle der Stadt nutzen. Dazu gehört neben den wachsenden Anforderungen im Bereich der Mobilität oder des Bäderbetriebs auch eine gesunde Wirtschaftsstrategie für das Unternehmen. Wir stehen deshalb hinter einem weiteren Wachstum der NEW zur Steigerung der Kapazitäten sowie der Querfinanzierung zum Wohle der Bürger*innen. Dabei muss die öffentliche Hand die Mehrheit der Anteile behalten.

Ausbau regenerativer Energien

Weiterhin hat die NEW den Auftrag, die Energiewende der Stadt voranzutreiben. Darüber hinaus ist die Energiegewinnung ein wesentlicher Faktor, den es zwingend anzupacken gilt: Der Ausbau regenerativer Energien ist als Kernbereich der Energiewende auszugestalten.

Flughafen

Der Verkehrslandeplatz Mönchengladbach hat erhebliches wirtschaftliches Potential. Er ist ohne tragfähiges Businesskonzept aber nicht zukunftsfähig. Das Defizit muss innerhalb der nächsten zwei Jahre deutlich zurückgefahren werden und die mittelfristige Finanzplanung sollte 2024 einen ausgeglichenen Wirtschaftsplan vorweisen. Neben dem Erhalt der bereits bestehenden qualifizierten Arbeitsplätze vor Ort ist die Ausrichtung des Flughafens von entscheidender Bedeutung: Für ein zukünftiges Wachstum ist die Weiterentwicklung des Standortes wichtig. Dieser muss im Gewerbebereich entwickelt und mit zukunftsfähigen qualifizierten Arbeitsplätzen ausgestattet werden. Weiterhin soll Linien- und Charterverkehr nicht stattfinden.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Die wirtschaftliche Strategie der Stadt besteht nicht nur aus der Entwicklung neuer Gewerbeflächen. Entwicklungspotentiale im Zuge von Nachverdichtungen oder bestehenden städtischen Flächen zu suchen, ist in der heutigen Zeit die Maxime nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung. Der entsprechende Zugriff auf bestehende Infrastruktur sowie bereits versiegelte Flächen steht für den ökologischen Wandel der Wirtschaft. Die Neuversiegelung von Flächen sehen wir entsprechend kritisch.

Lokale Wirtschaftsstrategie

Hochschule als Innovationsmotor

Das Potential von Entwicklungen bereits bestehender Flächen macht der Wissenscampus deutlich. Der Hochschule Niederrhein kommt als Quelle innovativer und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung eine Schlüsselrolle zu. In enger Kooperation

mit der lokalen Wirtschaft gilt es Projektförderungen, Pilotmodelle und weitere Zuwendungen nach Mönchengladbach zu holen. Ziel muss sein, diesen Stadtteil zu einem Studierendenviertel auszubauen. Wir wollen Studierenden Angebote in Rheydt schaffen und die Absolvent*innen langfristig an den Stadtteil binden. Dies gilt auch für die Entwicklung von Arbeitsangeboten passend zu den Studienfächern.

Strukturwandel

Bündelung von Kompetenzen

Als Tagebaurandgemeinde ist Mönchengladbach von den Folgen der Braunkohleverstromung betroffen und Teil des Strukturwandels. Die großen Förderzuwendungen gilt es durch innovative und zukunftsfähige Projekte zu gewinnen. Durch die Bündelung von Kompetenzen und Vernetzung mit entsprechenden Akteur*innen innerhalb der Stadt und der Region wollen wir Teil des innovativen Strukturwandels sein.

RWE-Aktien

Wir prüfen den Verkauf der städtischen RWE-Aktien hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Erfordernisse, der Anlagevermögenszuordnung, der notwendigen Kompensation der ggf. wegfallenden Dividende und den Folgewirkungen hinsichtlich des finanziellen Spielraums sowie der ggf. vorgegebenen Verwendung des Erlöses.

Lokale Wirtschaft stärken und vernetzen

Handwerk als Perspektive

Wir stehen hinter unserer lokalen Handwerkerschaft. Das Handwerk leistet einen wichtigen Beitrag in unserer Stadt und bietet eine Vielzahl an beruflichen Möglichkeiten. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Vernetzung ein. Wir wollen durch diese Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft sowie Schulen, Jobcenter und Agentur für Arbeit stärker auf Berufsbilder sowie Berufschancen aufmerksam machen.

MINT: Naturwissenschaften als Berufsperspektive

Die Verzahnung von Berufen im MINT-Bereich mit Unternehmen, Schulen sowie der Hochschule ist eine wichtige Aufgabe, um Perspektiven in diesen Bereichen aufzuzeigen. Dabei gilt es Strukturen im digitalen Bereich zu schaffen und zu vernetzen. Diese sind eng an Schulverbände sowie Hochschule anzugliedern, um passgenaue Kooperationen entwickeln zu können.

Vergabe ganzheitlich denken

Wir prüfen die Möglichkeit andere Wertungskriterien wie ökologische Nachhaltigkeit oder Arbeitnehmer*innenbedingungen etc. in den städtischen Vergaben stärker miteinzubeziehen und zu bewerten.

Unternehmen und Ideen ansiedeln

Start-Up Förderung

Mönchengladbach entwickelt sich zur Gründerstadt am Niederrhein. Dem Gründergeist der Stadt muss eine adäquate städtische Begleitung bereitgestellt werden. Ein Business-Scout als „Single-Point-of-Contact“ begleitet nach unserer Vorstellung ansiedlungs- oder änderungswillige Unternehmen sowie Start-Ups intensiv und unterstützt die Unternehmen aktiv bei allen wesentlichen Fragen. Moderne Ideen aus unserer Stadt sollten nicht in benachbarte Großstädte abwandern, sondern müssen sich in Mönchengladbach entwickeln können. Deshalb muss die Start-Up-Förderung ein Hauptaugenmerk der regionalen und städtischen Wirtschaftsförderung werden. Nachhaltige und innovative Ideen in der Region Niederrhein müssen hier ihre Heimat finden.

Zukunftsfähiges Gewerbe

Traditions- und Familienunternehmen bilden immer noch das Rückgrat der heimischen Wirtschaft und bieten hochwertige Arbeitsplätze. Dies gilt es zu unterstützen. Die Ansiedlung von Unternehmen soll einem zukunftsfähigen Konzept folgen. Dabei ist branchenspezifisch und einzelfallabhängig eine Entscheidung zu treffen, die im Einklang mit den Anforderungen an dauerhaft sozialversicherungspflichtige und arbeitsnehmergerechte Beschäftigung steht. Diese Parameter gilt es bei der Ansiedlung zu wahren und in den Blick für die künftige Wirtschaftsentwicklung zu nehmen.

Arbeit & Digitalisierung

Wandel des Arbeitsmarktes

Dem drohenden Arbeitsplatzverlust von Arbeitnehmer*innen in Branchen, die langfristig keine Beschäftigungsperspektiven bieten, ist mit einer Qualifizierungsoffensive "on the Job" zu begegnen mit dem Ziel, die nachhaltige Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu sichern.

Kommunale Arbeitsmarktstrategie

Arbeit als Teilhabe

Arbeitsorte sind auch Orte der Begegnung. Sie sorgen nicht nur für entlohnte Beschäftigung, sondern auch für soziale Teilhabe. Vor diesem Hintergrund sind Inklusionsbetriebe eine Chance, um insbesondere Menschen mit Behinderung beruflich auszubilden und zu beschäftigen. Weiterhin Entsprechende Perspektiven sind bei den städtischen Töchtern auszuloten und so ein Beitrag zur sozialen Teilhabe sicherzustellen.

Erwerbsgeminderte Menschen

Erwerbsgeminderten Menschen sind faire Chancen an der Teilhabe am Arbeitsmarkt zu bieten. Förderprogramme sind dafür zu nutzen und durch die öffentliche Hand zielgerichtet zu steuern.

Langzeitarbeitslosigkeit

Mönchengladbach hat eine hohe Quote von Langzeitarbeitslosen. Sie müssen deshalb stärker in den Fokus städtischer Arbeitsmarktpolitik rücken. Es gibt zum Beispiel mit dem Teilhabechancengesetz für die öffentliche Hand einen starken Anreiz, Langzeitarbeitslose beruflich zu integrieren. Solche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen durch die Stadt, städtische Unternehmen sowie Töchter durchgeführt werden. Nach dem Teilhabechancengesetz wollen wir die Angebote geförderter Beschäftigung (insbesondere nach dem § 16 i SGB II) bei Stadt und städtischen Gesellschaften ausbauen.

Digitalisierung

Lokaler Wandel

Wir brauchen ganzheitliche digitale Prozesse zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürger*innen. Neben der Vereinfachung der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung aus Sicht der Unternehmen braucht es Input für die zukunftsfeste digitale Gestaltung der lokalen Wirtschaft. Dazu ist insbesondere die Verzahnung von Expert*innen im digitalen Bereich unerlässlich – innovative Ideen müssen ihren Weg in die Stadt und von dort aus auch in die Wirtschaft finden.

Klima & Umwelt

Klimanotstand

Die Stadt Mönchengladbach nimmt die Klimakrise ernst und setzt ein Zeichen, indem sie, wie schon das EU-Parlament, den Klimanotstand (Climate Emergency) erklärt. Sie hat damit das Ziel des Pariser Klimaabkommens von 2015 vor Augen, wonach sich die Erde bis zum Jahr 2050 um nicht mehr als 1,5° erwärmen soll. Das bedeutet, dass städtische Maßnahmen auf ihre Klimaneutralität geprüft werden müssen. Ziel ist es, ein breites kommunales Bewusstsein für politisches Handeln und die Auswirkung auf Umwelt und Klima zu schaffen. Ein aktualisiertes städtisches Klimaschutzkonzept, das Handlungsfelder für die Stadtverwaltung und Bürger*innen aufzeigt, um Klimaneutralität zu erreichen, wollen wir zeitnah fortschreiben und umsetzen. Wir wollen klimaneutrale Kommune werden.

Bewässerungskonzept

Die Rekordhitzesommer hinterlassen ihre Spuren an unserem städtischen Grün. Durch den Klimawandel sind wir gefordert, die Bewässerung von Bäumen zu verändern, um den Bestand zu erhalten. Deshalb wollen wir ein Bewässerungskonzept der mags, welches auf die Hitzebedingungen reagiert und den Bestand insbesondere bei Jungbäumen sichert. Des Weiteren fördern wir die Umsetzung von Konzepten, die sich mit Möglichkeiten zum Auffangen von Regenwasser zur Bewässerung eignen.

Baumpflanzungsprogramm und Wälder

Mönchengladbach ist eine Stadt mit vielen grünen Flächen und Bäumen. Damit wir diese klimatische Ausgewogenheit auch in Zukunft sichern, machen wir uns für ein Baumpflanzungsprogramm stark. Für jeden Baum, der gefällt wird, wollen wir einen neuen Baum pflanzen. Unser Ziel ist es die Neuanpflanzung von zusätzlichen 5.000 Bäumen außerhalb des Forstes bis 2030, um sicherzustellen, dass wir auch in Zukunft unseren Baumbestand erhalten und ausbauen. Dabei sind Baumarten, die

den klimatischen Veränderungen Stand halten und Baumpatenschaften durch Bürger*innen zu berücksichtigen. Im Rahmen der Überarbeitung des Landschaftsplanes ist zu prüfen, ob der Buchholzer Wald unter Naturschutz gestellt werden kann.

Die Vereinbarkeit von Naturschutz und die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht ist gesamtstädtisch zu betrachten.

Baumscheiben

Die Bedingungen, in denen Bäume neugepflanzt werden oder eingepflanzt sind, ein entscheidender Faktor für den Bestand: Baumscheiben müssen so ausgestaltet sein, dass Baumwurzeln ausreichend Platz haben, um sich optimal entwickeln zu können. Dabei sind oftmals Parkflächen ein Problem, die zu einer Verdichtung von Baumwurzeln führen. Wir sind auch hier bereit, Parkraum umzuwandeln, um Bäumen ausreichend Platz zu schaffen. Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität ist ein positiver Nebeneffekt.

Renaturierung & Wasserflächen

Brachflächen wollen wir nicht ungenutzt lassen, sondern sehen – dort wo es sinnvoll ist – darin auch Potential, um das Stadtklima positiven zu beeinflussen. Mit der Renaturierung versiegelter Flächen wollen wir mehr grüne Flächen und einen klimatischen Ausgleich herstellen. Darüber hinaus ist der Erhalt von Weihern ein wichtiger Punkt, den wir mit regelmäßiger Entschlammung sicherstellen. Weiterhin wollen wir den Ausbau der Staudenpflanzungen sowie Wildblumenwiesen vorantreiben zur Förderung der biologischen Diversität in der Stadt. Wir möchten die Nutzung von Regenwasser als preiswerte und nachhaltige Alternative mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen.

Begrünung, Grün-und Ackerflächen

Die Verschotterung von Vorgärten sowie die Asphaltierung von Straßenrandstreifen und Bürgersteigrandflächen wollen wir stoppen, um Artenvielfalt und Biodiversität zu erhalten. Grundstückseigentümer*innen wollen wir zur Förderung von Grünflächen unterstützen. Darüber hinaus sind Dächer eine wertvolle Fläche, um das Stadtklima und die Umwelt zu bereichern. Wir möchten städtische Dächer begrünen und so für einen Ausgleich sorgen. Darüber hinaus fördern wir das bürgerschaftliche Engagement im Hinblick auf Dach- und Fassadenbegrünungen. Auf eine glyphosatfreie Landwirtschaft sowie einen qualitativen Grundwasserschutz möchten wir hinwirken.

Energie

Die Energiewende ist eine große Herausforderung, die wir auch in Mönchengladbach offensiv angehen müssen. Als Kommune und Region können wir unseren Teil dazu beitragen, indem wir (Klein-)Windkraft- und Solaranlagen aufstellen. Letztere können auf Parkflächen als Überdachung angebracht werden und einen Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung leisten. Ziel ist es, dass alle städtischen Gebäude 100% Ökostrom beziehen.

Weniger Abfall in Mönchengladbach

Wir setzen uns für eine Stadt mit einer sauberen Umwelt ein, die Müll vermeidet und Ressourcen schont. Kommunale Einrichtungen und die Verwaltung sollen im Rahmen ihrer Vorbildfunktion den Gebrauch von Verpackungsmaterialien aus Plastik sowie Einwegprodukte reduzieren. Sie sollen Maßnahmen und Aktionen entwickeln, die auf Industrie und Handel einwirken, bei denen ein stärkeres Umdenken herbeigeführt werden soll. Wir möchten die Möglichkeiten für die Abgabe von privatem Sperrmüll für Mönchengladbacher Bürger*innen an den Wertstoffhöfen verbessern.

Ewigkeitskosten

Wir bekräftigen die Bemühungen der Stadt Mönchengladbach, dass die Ewigkeitskosten für die (Braunkohle-)Folgen transparent gemacht werden.

Tierwohl

Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Ausstattung des Tierheims ein.

Sicherheit & Ordnungsdienste

Videobeobachtung

Eine anlasslose Videobeobachtung in Mönchengladbach lehnen wir entschieden ab. Die landesgesetzlich verschärften Hürden für den Einsatz von Videobeobachtung bieten keine ausreichende Rechtsgrundlage. Anstatt mehr Polizist*innen an Bildschirmen zu binden, setzen wir uns für verstärkte Polizeipräsenz vor Ort ein.

KOS

Wir stehen hinter dem Kommunalen Ordnungs- und Servicedienst und setzen uns für eine handlungsfähige, personelle und sachliche Ausstattung ein. Dazu zählt eine stufenweise Aufstockung der Stellen, um die Präsenz zu den beschlossenen Zeiten (montags bis samstags) zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, Präsenz am Sonntag zu ermöglichen.

Bauliches Sicherheitsgefühl

Das Sicherheitsgefühl wird maßgeblich auch durch bauliche Elemente geprägt: Mit offenen Bauweisen wollen wir übersichtliche Orte ermöglichen. Darüber hinaus ist eine ausreichende Beleuchtung ein wesentlicher Faktor. Mit einer städtischen Struktur zur Meldung von Räumen, die Unsicherheit vermitteln, wollen wir ein effizientes Informationsnetzwerk schaffen.

Umfassende Sicherheit

Neben baulichen und ordnungsbehördlichen Elementen setzen wir auf einen ganzheitlichen Ansatz, der sozialpräventive Maßnahmen einschließt. Dazu braucht es eine umfassende Kooperation von KOS, Polizei, Sozialarbeiter*innen und Quartiersmanagement vor Ort. Weiterhin wollen wir Kampagnen und Aktionen gegen Gewalt und Hetze unterstützen, um so ein Bewusstsein für Zivilcourage zu fördern.

Finanzen

Der Eintritt der Stadt Mönchengladbach in den Stärkungspakt hat sich als richtiger Schritt erwiesen. Auch nach Ende des Stärkungspaktes wollen wir die angewendete Systematik dauerhaft fortführen.

Wir sind uns dabei bewusst, dass mit dem Auslaufen des Stärkungspaktes die kommunale Finanzkrise, von der Mönchengladbach massiv betroffen ist, noch nicht überwunden ist. Deshalb wird es auch weiterhin notwendig sein, im Haushalt Prioritäten zu setzen, die sich an den Zielen dieses Vertrages orientieren müssen.

Grundsätze

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbaren eine kontinuierliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rat der Stadt Mönchengladbach und in den kommunalen Gremien für die Wahlperiode 2020 - 2025.

Die Zusammenarbeit in der Kooperation bezieht sich grundsätzlich auf alle Beratungsgegenstände, bei denen eine direkte Zuständigkeit des Rates vorliegt. Die Umsetzung wesentlicher gemeinsamer Ziele und Projekte erfolgt in der Form gemeinsamer Anträge.

Die Fraktionen (bzw. die jeweiligen Mitglieder der Ausschüsse) stimmen ihre Positionen im Vorfeld von Sitzungen rechtzeitig miteinander ab.

Für den Haushaltsplan mit allen Anlagen und sämtliche Gebührensatzungen sowie alle anderen Beratungsgegenstände mit direkter Zuständigkeit des Rates wird einheitliches Stimmverhalten vereinbart.

Die Fraktionen (bzw. die jeweiligen Mitglieder der Ausschüsse) unterrichten sich darüber hinaus wechselseitig und frühzeitig über geplante Antragsvorhaben. Vor Veröffentlichung des Vorhabens und Einbringung in den Rat oder den zuständigen Ausschuss stimmen sie ihre Positionen dazu miteinander ab. Ziel ist immer ein gemeinsamer Antrag der Partner.

Bei Dissens führen die Vorstände der Fraktionen einen Konsens herbei. Bleibt der Dissens bestehen, wird auf Wunsch mindestens eines Partners zunächst eine Vertagung des strittigen Beratungsgegenstands in den nächsten Ratszug mit dem Ziel der Einigung vorgenommen. Ist ein Konsens auch dann nicht herzustellen, beraten die Fraktionen über eine Freigabe der Stimmabgabe in den Ausschüssen, Bezirksvertretungen bzw. im Stadtrat. Die Partner sind sich einig darüber, dass dies insbesondere bei finanzwirksamen Themen nur die Ausnahme sein kann, um das Ziel der einheitlichen Stimmabgabe in den Haushaltsberatungen nicht zu gefährden. Dies gilt auch bei allen übrigen Beratungsgegenständen, sofern diese eine direkte Zuständigkeit des Rates beinhalten.

Resolutionen, insbesondere, wenn sie sich an andere politische Ebenen richten, sind nicht Gegenstand der Zusammenarbeit. Sie sind den Partnern aber vor Veröffentlichung und Einbringung in den Rat zur Kenntnis zu geben. Bei einer Abstimmung zu Resolutionen geben die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP untereinander die Abstimmung frei.

Ausschüsse

Folgende Ausschüsse des Stadtrates werden gebildet:

Hauptausschuss

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Wirtschaft

Rechnungsprüfungsausschuss

Ausschuss für Schule und Bildung

Ausschuss für Kultur

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und Gleichstellung

Ausschuss für Freizeit, Sport- und Bäder

Ausschuss für Planung, Bauen und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt und Mobilität

Ausschuss für Betriebe und Vergabe

Ausschuss für Feuerwehr, öffentliche Ordnung und Katastrophenschutz